

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Derzeit laufen Gespräche zwischen Land und Sozialinstitutionen über die Auswirkungen des neuen Tarifmodells.

SCHWARZACH Aus 300 mach fünf. Die Vorarlberger Landesregierung hat vor einigen Wochen angekündigt, das Tarifmodell in Vorarlbergs Sozialpolitik zu ändern. Statt 300 Einzeltarifen in der ambulanten Betreuung und Beratung gibt es ab kommendem Jahr noch fünf Tarife. Während die Sozialinstitutionen weiterhin rechnen, wie sich die geänderten Tarife auswirken, verteidigte Martina Rüschner im Landtag die Änderung. Von Kürzungen könne keine Rede sein.

Das Vorarlberger Kinderdorf hat bereits gerechnet. 900.000 Euro muss das Kinderdorf sparen. In einer Aussendung warnte es: „Entgegen der offiziellen Darstellung der Landesregierung sind diese Tarifkürzungen nicht ohne Einbußen in den Leistungen und der Qualität umsetzbar – und die Qualität des Kinderschutzes in der Kinder- und Jugendhilfe ist massiv gefährdet.“

Wie berichtet, hat die Landesregierung vor einigen Wochen rund 60 Sozialinstitutionen im Land über ihre neuen Tarife informiert. Also über jenen Stundensatz, den das Land an die Institutionen für Leistungen zahlt, die diese im Auftrag des Landes durchführen. Während die Landesregierung von Normkosten spricht, sprechen die Sozialinstitutionen von Kürzungen. „Einrichtungen rechnen noch, wie es sie trifft“, sagt Walter Schmolly, Obmann der Interessensvertretung der Sozialinstitutionen AGV. Auch andere Institutionen haben bereits gemeldet, dass sie wohl auch Leis-

„Wir müssen bei den Sozialtarifen auf die Handlungsspielräume bestehen.“

Walter Schmolly
AGV-Obmann

tungen einsparen müssen. Zumindest in der Qualität (die VN berichteten).

Auch der neue Geschäftsführer der Kaplan Bonetti gGmbH, Wolfgang Grabher, hat gerech-



Am Kids Buin des Vorarlberger Kinderdorfs in Wolfurt geht es für Kinder hoch hinaus. Sozialeinrichtungen landen aktuell hingegen am Boden der Tatsachen.

net. „Wir müssen in der Beratungsstelle mit zwölf Prozent weniger auskommen.“ Die Tarife würden auf das Niveau von 2023 zurückgesetzt. „Das geht sicher zulasten der Qualität.“ In der Struktur ließe sich diese Summe nicht finden. Er vermisst die Weitsicht: „Nun werden insgesamt sechs Millionen Euro eingespart, längerfristig wird diese Sparmaßnahme aber große Auswirkungen haben.“ Grabher ortet einen Bruch der Tradition, die Tarife und die Bedarfe vorab gemeinsam zu besprechen. Und: „Im Sommer hat das Land noch andere Voraussetzungen kommuniziert.“

Rüschner legt Zahlen vor

Soziallandesrätin Martina Rüschner ließ im Landtag den Vorwurf eines Sparkurses nicht gelten. Die Ausgaben für den Sozialfonds lägen heuer bei 522 Millionen Euro, kommendes Jahr sind 551 Millionen Euro vorgesehen. „Wo sehen Sie dort einen Sparkurs?“, fragte Rüschner in die Runde. Und sie zählt auf. Kinder- und Jugendhilfe heuer 70 Millionen, kommendes Jahr 70 Millionen. Existenzsicherung heuer 74 Millionen, kommendes Jahr 81 Millionen. Und so weiter. „Woher nehmen Sie die

Notwendigkeit, so viel Verunsicherung im Land zu provozieren und den Menschen das Gefühl zu vermitteln, wir würden sie im Stich lassen? Das ist nicht korrekt!“, richtete sie den Kritikerinnen und Kritikern aus. Jetzt sehe man sich jeden Träger an, wie sich die Tarife auswirken.

Für Walter Schmolly ist das letzte Wort jedenfalls noch nicht gesprochen. „Wir rechnen jetzt und melden die Ergebnisse ans Land zurück. Wir befinden uns noch in Gesprächen.“ Kommende Woche wird auf Verwaltungsebene darüber gesprochen, am 24. November steht bei einer außerordentlichen AGV-Vollversammlung ein Gespräch mit den politisch Verantwortlichen an. „Wir müssen auf die Handlungsspielräume bestehen“, bekräftigt Schmolly. Rüschner richtete allen im Landtag aus: „Mein Ziel ist nicht, das Beste für die Einrichtungen vorzulegen, sondern das Beste für die Menschen in Vorarlberg.“

Schmolly verhandelt auch mit der anderen Seite, den Arbeitnehmern. Ein Kollektivvertragsabschluss wird gesucht. In den ersten Verhandlungen sei der Index noch nicht diskutiert worden.

MICHAEL PROCK
michael.prock@vn.at
0676 88005693



EINFACH
MEHR
ERFAHREN

<https://VN.AT/sup1tm>

nen findet sich diesmal der Wunsch nach einer Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer.

Millionendefizit

WIEN Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) prognostiziert weiter dreistellige Millionenverluste. Während für 2026 mit einem Defizit von 459,6 Mill. Euro gerechnet wird, sollen es 2029 797,7 Mill. Euro sein. Peter McDonald, aktuell Vorsitzender im Dachverband der Sozialversicherungsträger, sieht einen „Handlungsbedarf“ systemischer Natur.“ Heuer ist die ÖGK mit 546,6 Mio. Euro im Minus, insgesamt liegt das Defizit der Krankenkassen bei 583,3 Mill. Euro. Alle drei gesetzlichen Krankenversicherungsträger kommen 2026 gemeinsam auf ein Minus von 438,3 Mill. Euro.



Im Parlament beginnt eine unspektakuläre, aber wohl emotionale Woche.

Wirtschaftskammer, die letztlich zum Rücktritt von Präsident Harald Mahrer (ÖVP) geführt hat, möglich. Denn im Sammelbericht zu Bürgerinitiativen und Petition-



Kommentar
Wolfgang Burtscher

Jedem Täli sis Spitäli

Die Salzburger Landeshauptfrau Karoline Edtstadler hat vorgeschlagen, die Gesundheitsagenden, inklusive der Spitäler, an den Bund zu übertragen. Im Gegenzug solle die Bildung an die Länder gehen. Von der Kollegen-schaft kam Ablehnung, von Michael Ludwig (Wien) bis Markus Wallner. Angesichts der heftigen Spitals-Diskussionen könnte sich Wallner insgeheim vielleicht doch für den Vorschlag erwärmen, weil der ihm viele Sorgen ersparen würde. Bezüglich der Bildung müsste er ohnehin dafür sein. Dann könnte Vorarlberg endlich die vom Landtag einhellig erhobene Forderung nach einer gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen umsetzen.

Bei den Spitalern ist überall, nicht nur bei uns, jede Menge Emotion im Spiel. Man denke nur daran, dass in der Steiermark der Zorn der Wähler über geplante Schließungen zur Abwahl des ÖVP-Landeshauptmanns geführt hat. Lässt man die Emotionen weg und sieht sich die Fakten an, dann ist unbestritten: Österreich – nicht nur Vorarlberg – hat zu viele Spitäler. Manchmal liegen nur wenige Kilometer zwischen zwei Krankenhäusern. Das Gesundheitssystem hat zu viele Strukturen, wir haben im internationalen Vergleich zu viele Betten, Ärztinnen und Ärzte. Dafür zu wenig Primärversorgungszentren, also Gruppenordinationen, vor allem im ländlichen Raum, die einen großen Teil der einfachen Erkrankungen abfangen, die aktuell im Krankenhaus behandelt werden. Der Rektor der MedUni Wien, Markus Müller, hat in den „Salzburger Nachrichten“ erläutert: „In manchen Spitalern sind die Fallzahlen oft so gering, dass bei manchen Eingriffen die Routine fehlt. Das wird dann zum Risiko-thema“. Wie passt das mit einer Zusammenlegung von Spitalern zusammen, wenn der Weg zum Spital länger wird? Müller zitiert den renommierten Gynäkologen Peter Husslein: „Früher war die Medizin einfach und der Transport schwierig. Heute ist es genau umgekehrt.“ Heißt: Es werden nun hochprofessionelle Teams benötigt, der Transport sollte kein Problem mehr sein. Genau dasselbe bezüglich Fallzahlen und

Qualität sagt der Vorarlberger Patientenanwalt Alexander Wolf. Bezüglich der Strukturen wurden gerade in Salzburg die Gemeindepitäler von Zell am See und Mittersill ans Land übertragen, weil diese Orte ihre Spitalskosten nicht mehr stemmen können. Vielleicht sollte die Dornbirner Stadtvertretung einmal eine Exkursion in den Pinzgau machen. Die Erweiterung des Horizonts schadet nie.

Strukturprobleme im Gesundheitsbereich haben viel mit dem Föderalismus zu tun, für den die Schweizer Nachbarn als Vorbild gelten. Dort galt lange das Motto „Jedem Täli sis Spitäli“. Ein Spottvers über den föderalen Lokalpatriotismus, der Struktur-reformen erschwert. Jetzt wankt das Prinzip. Vier Kantone, etwa Sankt Gallen, haben regionale Spitäler geschlossen, wegen des Überangebots an Betten und der Kosten. Das Schweizer Parlament hat die Kantone aufgefordert, bei der Spitalsplanung mehr zu kooperieren. Zusammenarbeit also über Kantons-grenzen hinweg. Das war bisher mühsam. Projekte über eine Zusammenarbeit in der Ostschweiz oder in Basel sind bis vor Kurzem noch gescheitert, nicht zuletzt deshalb, weil alles den Stimmbürgern vorgelegt werden muss. Darum ist die kürzlich erfolgte Fusion der Kantonsspitäler von Luzern und Nidwalden eher die Ausnahme. Doch in 14 Tagen stimmen die Bürger von Obwalden darüber ab, diesem Verbund beizutreten. Die Obwaldner Regierung hat beschlossen, dass man nur mehr im Hauptort Sarnen ein Akut-Spital betreibt, das die stationäre Grundversorgung und die ambulante Behandlung sicherstellt. Die schwierigen Fälle gehen an den Spitalsverbund. Und siehe da: Niemand zweifelt, dass das Volk eindeutig Ja sagen wird. Zumindest in einigen Kantonen gilt also nicht mehr „Jedem Täli sis Spitäli“. Ist auch hier die Schweiz Vorbild für uns oder nur, wenn`s uns in den Kram passt?



WOLFGANG BURTSCHER
wolfgang.burtscher@vn.at

Wolfgang Burtscher, Journalist und ehemaliger ORF-Landesdirektor, lebt in Feldkirch.

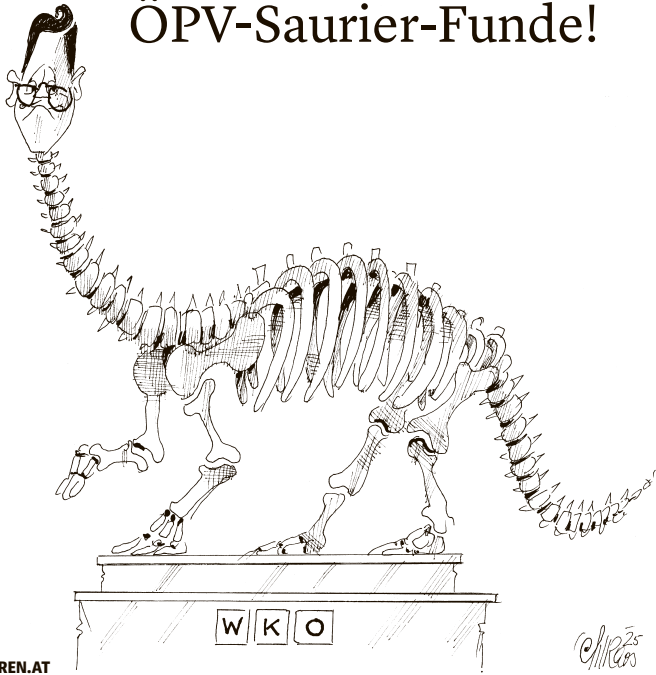
POLITIK IN KÜRZE

Nationalrat schafft Klebevignette ab

WIEN Dem Nationalrat steht thematisch eine relativ unspektakuläre Woche bevor. Die größten Beschlüsse sind am Mittwoch Vereinfachungen bei Großverfahren und am Donnerstag die Abschaffung der Klebevignette. Abseits der Beschlüsse dürften die jüngsten Ereignisse in der Wirtschaftskammer sowie die hohen Preise im Lebensmittelhandel zu den emotionaler diskutierten Themen gehören. Noch unklar ist, was die Freiheitlichen am Mittwoch zum Auftakt der Sitzung als Thema für die „Aktuelle Stunde“ wählen. Der Donnerstag wird mit einer „Fragestunde“ an Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos) eröffnet. Über die Hintertür ist auch eine Debatte über die Gehaltsdiskussion in der

KARIKATUR

ÖPV-Saurier-Funde!



SILVIO RAOS,
RAOS-KARIKATUREN.AT